



ABGASSKANDAL

ORGANISIERTES STAATSVERSAGEN

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDETAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

ORGANISIERTES STAATSVERSAGEN ERMÖGLICHT ABGAS-MANIPULATIONEN

Die Liste der vom Abgasbetrug verursachten Schäden ist schlimm: Tausende vorzeitige Todes- und noch viel mehr Krankheitsfälle aufgrund verkehrsbedingter Schadstoffe in der Luft. Dazu Millionen betrogener Autofahrerinnen und Autofahrer, Vertragsverletzungsverfahren der EU und drohende Fahrverbote in vielen Innenstädten.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Bundestag hat gezeigt: Der großflächige Abgasbetrug in Deutschland wurde durch organisiertes Staatsversagen ermöglicht. Es geht nicht allein um VW. Der Skandal, für den die Bundesregierung durch systematisches und wissentliches Wegsehen erst die Voraussetzungen schuf, betrifft die gesamte Automobilindustrie. Die schwarz-rote Bundesregierung war zu keinem Zeitpunkt an den Gründen für überhöhte Abgaswerte von Dieselfahrzeugen im echten Straßenverkehr interessiert, sie sorgte nach dem Abgasskandal nicht für Aufklärung und hat bis heute keine ernsthaften Konsequenzen gezogen.

Frühe Aufklärungsversuche, wie etwa durch das Umweltbundesamt, wurden unterbunden, Hinweise von Verbänden und Behörden ignoriert und das Kraftfahrtbundesamt (KBA) wurde vom Verkehrsministerium in seiner Mentalität des Wegschauens unterstützt. Im Ergebnis konnte die Automobilindustrie die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft und ungehindert gefährden. Weder schaute das Bundesverkehrsministerium genau hin, wie das KBA seine Genehmigungen für neue Fahrzeugmodelle ausstellte, noch mussten die Hersteller behördliche Überprüfungen oder gar Sanktionen fürchten. Damit wurde der Nährboden für den Abgasskandal durch die Bundesregierung und deren nachgeordnete Behörden bereitet, die sich zum Schutzpatron der Autoindustrie machen wollten. Im Endeffekt haben sie aber der Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit der gesamten Branche auf Dauer geschadet.

Der Abgasskandal zeigt: Die Autoindustrie, die vor dem größten Strukturwandel ihrer Geschichte steht, muss mit klaren staatlichen Vorgaben und Kontrollen vor sich selbst geschützt werden. Es geht nicht nur um Umwelt und Gesundheit, sondern auch um die Zukunft einer Schlüsselindustrie. Nur wer die saubersten Autos baut, hat eine Zukunft auf dem Weltmarkt.

Mutter und Sohn an der Landshuter Allee, München
Foto: Celentano, fotofinder



„Weil die Automobilhersteller tricksen und betrügen, haben wir so gefährlich hohe Stickoxidwerte in unseren Innenstädten.“

Diese giftige Luftbelastung führt dazu, dass Menschen ihr Leben oder ihre Gesundheit verlieren.“

Oliver Krischer MdB
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

1. KONSEQUENZ

ABGASGRENZWERTE IM REALBETRIEB EINHALTEN

Die Bundesregierung muss jetzt dafür sorgen, dass die Automobilindustrie alle mangelhaften Fahrzeuge so nachrüstet, dass sie die gesetzlichen Grenzwerte auf der Straße – und nicht nur im Labor – einhalten. Nur so kann endlich saubere Luft in unseren Städten hergestellt werden. Den Fahrzeughaltern dürfen dadurch keine Kosten oder Nachteile entstehen. Außerdem muss die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Nachbesserung des vorgeschriebenen Prüfverfahrens sorgen, damit die Emissionsmessung im tatsächlichen Fahrbetrieb stattfindet und die Grenzwerte dort auch eingehalten werden – für jedes Fahrzeug, egal mit welcher Sonderausstattung. Die derzeit noch gültigen Überschreitungsfaktoren müssen abgeschafft werden. Wichtig ist zudem, dass der Spritverbrauch ebenfalls durch ein Prüfverfahren im tatsächlichen Fahrbetrieb ermittelt wird, sodass sich Verbraucher auf realistische Angaben verlassen können. Grenzwerte sind dafür da, eingehalten zu werden und nicht um legal umgangen zu werden. Das ist die Bundesregierung dem Schutz unserer Gesundheit schuldig.



2. KONSEQUENZ

TYPGENEHMIGUNGS- VERFAHREN VERBESSERN

Die bisherige Typgenehmigungspraxis ist höchst problematisch und begünstigt Manipulationen. Dies liegt daran, dass die technischen Dienste und Genehmigungsbehörden in der EU konkurrieren und offensichtlich nicht alle die höchsten Messlatten anlegen. Die Motorensoftware wird nicht geprüft und wirksame Sanktionsinstrumente fehlen. Die Bundesregierung muss kurzfristig dafür sorgen, dass die Typgenehmigung durch eine vom Kraftfahrtbundesamt unabhängige Einrichtung erfolgt. Langfristig soll sie einer europäischen Einrichtung übertragen werden.

Im Rahmen der Typgenehmigung muss neben der Emissionsstrategie künftig auch die Motorensoftware gründlich geprüft werden, um Manipulationen zu entdecken. Die Beweispflicht, dass keine Abschalteneinrichtungen eingesetzt werden, soll bei den Herstellern liegen. Bei Verstößen brauchen wir endlich wirksame Sanktionen – so, wie es die EU eigentlich auch vorschreibt.



*Neue Modelle von VW bei der Auslieferung im Werk Wolfsburg.
Foto: Baumgarten / dpa*

3. KONSEQUENZ

UMFASSENDE FELDÜBERWACHUNG

Die von Bundesverkehrsminister Dobrindt angekündigten „Anti-Doping-Tests“ für Dieselschadstoffe sind noch immer nicht eingeführt. Außerdem können diese Tests eine regelmäßige und transparente Feldüberwachung nicht ersetzen. Wir brauchen ein von den Herstellern unabhängiges System zur Kontrolle bereits zugelassener Fahrzeuge, das von der Typgenehmigung organisatorisch getrennt ist. Entscheidend sind dabei die Emissionen auf der Straße und nicht die unter Laborbedingungen.

Neben Schadstoffemissionen muss auch der Spritverbrauch im Realbetrieb ermittelt werden. Diese Feldüberwachung muss auf breiten Stichproben basieren und auch an Fahrzeugen durchgeführt werden, die sich bereits im Betrieb befinden, zufällig ausgewählt und nicht von den Herstellern selbst zur Verfügung gestellt werden.



Foto: Pleul/dpa

4. KONSEQUENZ

ILLEGALE ABSCHALT- EINRICHTUNGEN ENTFERNEN

Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Autos sowohl die gesetzlichen Abgas-Grenzwerte einhalten als auch kurzfristig durch die Hersteller mit einem voll funktionstüchtigen Abgasreinigungssystem ohne Abschalteinrichtung ausgestattet werden. Die dafür notwendigen Umrüstungen sollen im vollen Umfang von den Herstellern durchgeführt und bezahlt werden und vom Kraftfahrtbundesamt zwingend überwacht werden.

Der kollektive Rechtsschutz für Verbraucherinnen und Verbraucher muss endlich gestärkt werden, indem Gruppenklagen möglich gemacht werden, wie sie bereits 2014 im grünen Gesetzentwurf vorgeschlagen wurden.





UNSERE FORDERUNGEN

WIR GRÜNE IM BUNDESTAG WOLLEN

- » die Einhaltung der gesetzlichen Abgasgrenzwerte im Straßenverkehr. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Autohersteller alle Fahrzeuge, die von den Abgasgrenzwerten abweichen, nachrüsten.
- » dass die Bundesregierung dafür sorgt, die Vorschriften für Abgastests im Realbetrieb so nachzubessern, dass nicht mehr Schadstoffe durch die Autoauspuffe in die Umwelt gelangen als gesetzlich erlaubt ist.
- » die Einführung einer wirksamen Feldüberwachung der Emissionen von Fahrzeugen auf der Straße, die von einer unabhängigen und eigenständigen Einrichtung durchgeführt wird.
- » dass nur noch solche Fahrzeuge die Typgenehmigung bekommen, die de facto die Abgasgrenzwerte einhalten, ohne Verschlechterungs- und andere Schummelfaktoren.
- » einen Schutz betroffener FahrzeughalterInnen, die ihre Fahrzeuge unter Angabe falscher Messwerte erworben haben. VerbraucherInnen müssen in Fällen wie dem Abgas-Skandal auf die Möglichkeit einer Gruppenklage zurückgreifen können.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Oliver Krischer MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- » Flyer Dieselgate – Fakten zum Skandal (18/86)
- » Flyer Grün macht mobil! (18/81)
- » Clean Car Roadmap – Offensive für die Autoindustrie der Zukunft (Autorenpapier vom 25.04.2017)
- » gruene-bundestag.de/Abgasskandal

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

18/20900 Beschlussempfehlung und Bericht des 5. Untersuchungsausschusses (Abgas-Untersuchungsausschuss)

18/12948 Emissionsfreie Mobilität (Antrag)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: St. Kaminski, Titel: St. Kaminski

Stand: Juli 2017, Schutzgebühr: 0,05 €

